

## Attacke in Frankfurt - wie könnten Bahnhöfe sicherer werden?

Der tödliche Angriff auf einen Jungen in Frankfurt hat eine Debatte über die Sicherheit an Bahnhöfen entfacht. Die Gewerkschaft der Polizei spricht sich für technische Sperren an Gleisen aus.

Nach dem Tod eines vor einen Zug gestoßenen Kindes in Frankfurt am Main ist die Sicherheit an deutschen Bahnhöfen Thema: Politiker und Polizeigewerkschafter sprechen sich für mehr Sicherheitsmaßnahmen und eine stärkere Präsenz der Polizei aus.

Ein Mann hatte am Montagvormittag am Frankfurter Hauptbahnhof einen Achtjährigen und seine Mutter ohne erkennbares Motiv vor einen einfahrenden ICE gestoßen. Das Kind starb, die Mutter konnte sich retten. Politiker äußerten sich parteiübergreifend entsetzt. Der mutmaßliche Täter, ein 40-jähriger eritreischer Staatsbürger, wurde nach kurzer Flucht von Passanten überwältigt.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) unterbrach seinen Urlaub, um Gespräche mit Sicherheitsbehörden über die tödliche Attacke von Frankfurt und andere Gewalttaten der jüngsten Zeit zu führen. Am Dienstagnachmittag will er sich vor der Presse äußern.

Der SPD-Verkehrspolitiker Martin Burkert bemängelte in der "Bild"-Zeitung eine unzureichende Aufsicht an den Bahnsteigen. Zudem gebe es generell zu wenige Bundespolizisten auf Bahnhöfen. Einen Umbau der Bahnhöfe halte er aber nicht für nötig, sagte Burkert. "Es würde erst mal reichen, wenn wieder Normalität durch Polizei und Aufsicht geschaffen würde."

Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Radek, warnte, solch "grauenhafte Verbrechen" würden sich nicht durch mehr Polizisten verhindern lassen. Radek forderte stattdessen, "über den Einbau technischer Sperren zu diskutieren, die den Zugang zu Gleisen erst ermöglichen, wenn der Zug bereits steht".

Solche Konzepte, wie etwa für größere Bahnhöfe in England oder Frankreich, wo Bahnreisende oft nur mit einem Ticket oder eben erst nach Einfahren des Zugs auf den Bahnsteig gelangen, stoßen in Deutschland auf Vorbehalte. Die Deutsche Bahn erklärte gegenüber "Bild", die Forderungen seien zwar nachvollziehbar. Dies würde aber Hunderte Millionen Euro kosten und zu Schlangen an den Bahnsteigen führen.

Auch der Fahrgastverband "Pro Bahn" erklärte, eine solche Forderung sei "logistisch kaum umzusetzen". Potenzielle Täter kämen dort eben mit einem Kurzstreckenticket für wenig Geld auf den Bahnsteig, sagte Thomas Kraft vom Fahrgastverband Pro Bahn Hessen der Deutschen Presseagentur. Bei kurzen Zugaufenthalten sei es zudem zeitlich kaum machbar, die Reisenden erst nach Einfahren des Zugs an die Gleise zu lassen.

Eine Patentlösung für mehr Sicherheit an deutschen Bahnsteigen sieht Kraft vom Fahrgastverband Pro Bahn Hessen nicht. "Ich weiß keinen Rat. Man kann so etwas nicht hundertprozentig verhindern", sagt er. An größeren Bahnhöfen wie dem Frankfurter Hauptbahnhof gebe es sogar noch vergleichsweise viel Aufsichtspersonal. An kleinen Bahnhöfen oder Haltepunkten könne letztlich auch jemand aus einer Hecke hervorspringen und Reisende auf die Gleise stoßen.

"Keine Sicherheitslücke, sondern eine Menschlichkeitslücke"

Auch die Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz, die saarländische Ressortchefin Anke Rehlinger (SPD), zeigte sich skeptisch. "Eine solche Tat offenbart keine Sicherheitslücke, sondern eine Menschlichkeitslücke", sagte sie dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. "Deshalb sollte man auch nicht den Anschein erwecken, irgendeine Sicherheitsmaßnahme könnte das garantiert verhindern."

Die Grünen-Verkehrspolitikerin Valerie Wilms rief Fahrgäste dazu auf, sich niemals zu nah an ein Gleis zu begeben. "Wenn sich alle an die Regeln halten, reichen diese Maßnahmen für eine sichere Benutzung der Bahnsteige aus", sagte sie der "Bild"-Zeitung.

Spiegel online vom 30.07.2019